

Niederschrift
der 05. Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Vergabe

Sitzungsdatum: Dienstag, den 09.04.2019
Beginn: 17:00 Uhr
Ende 17:50 Uhr
Raum: Hansestadt Stralsund, Rathaus, Konferenzsaal

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Christian Meier

stellv. Vorsitzende/r

Herr Marc Quintana Schmidt

Mitglieder

Herr Richard Kinder
Herr Rüdiger Kuhn
Herr Thoralf Pieper
Herr Gerd Schlimper
Herr Peter van Slooten

Vertreter

Herr Thomas Haack
Herr André Meißner

Vertretung für Herrn Olaf Hölbing
Vertretung für Frau Susanne Lewing

Protokollführer

Frau Constanze Schütt

von der Verwaltung

Herr Stephan Bogusch
Herr Andre Kobsch
Herr Michael Nitsche
Frau Gisela Steinfurt
Herr Ekkehard Wohlgemuth

Gäste

Frau Heike Jeziorski
Herr Carsten Schwarzlose

Tagesordnung:

- 1 Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Bestätigung der Niederschrift der 04. Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Vergabe vom 26.03.2019
- 3 Beratung zu Beschlussvorlagen
- 3.1 3. Änderung der Parkgebührenordnung der Hansestadt Stralsund
Vorlage: B 0004/2019
- 4 Beratung zu aktuellen Themen
- 4.1 Weihnachtliche Beleuchtung der Seitenstraßen
Einreicher: Ann Christin von Allwörden, CDU/FDP-Fraktion
Vorlage: AN 0018/2018
- 4.2 An den Finanzausschuss: Besteuerung der öffentlichen Hand
Einreicherin: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Vorlage: AN 0026/2019
- 5 Verschiedenes
- 9 Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

Einleitung:

Von 9 Mitgliedern des Ausschusses für Finanzen und Vergabe sind 9 Mitglieder anwesend, womit die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Die Sitzung wird durch den Ausschussvorsitzenden geleitet. Es erfolgt eine Tonträgeraufzeichnung.

zu 1 Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird ohne Änderungen und Ergänzungen bestätigt.

Abstimmung: 9 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

zu 2 Bestätigung der Niederschrift der 04. Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Vergabe vom 26.03.2019

Die Niederschrift der 04. Sitzungen des Ausschusses für Finanzen und Vergabe vom 26.03.2019 wird ohne Änderungen/Ergänzungen bestätigt.

Abstimmung: 7 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 2 Stimmenthaltungen

zu 3 Beratung zu Beschlussvorlagen

**zu 3.1 3. Änderung der Parkgebührenordnung der Hansestadt Stralsund
Vorlage: B 0004/2019**

Auf Nachfrage von Herrn Pieper erläutert Herr Bogusch, dass die Anpassung an die gesetzlichen Vorgaben mit einer notwendigen Änderung der Parkgebührenordnung erfolgen sollte. Da jedoch keine Änderung notwendig war, wird erst jetzt der gesetzlichen Änderung Folge geleistet und die Parkgebührenordnung entsprechend angepasst.

Zu den Kostenauswirkungen teilt Herr Bogusch mit, dass ein jährlicher Verlust von 12 T€ zu erwarten ist. Im Jahr 2018 wurden durch die Dauertageskarten 11.590 € eingenommen. Für das Erstellen der Karten fallen Kosten in Höhe von 69,62 € an. Die Anzahl der Dauertageskarten ist in den letzten Jahren rückläufig.

Als Ersatzparkmöglichkeit ist vorgesehen, in Parkzone C Flächen zu schaffen, auf denen für 2 € pro Tag geparkt werden kann. Im Bereich Karl-Marx-Straße und Frankendamm würden dann Parkscheinautomaten aufgestellt. Damit könnten Einnahmen in Höhe von 20T€ generiert werden.

Herr Meißner ist der Meinung, dass die betroffenen Autofahrer sich andere Orte oder Tarife zum Parken suchen und somit weiter für Einnahmen sorgen würden.

Herr Bogusch geht davon aus, dass die bisherigen Dauerkartenbesitzer auch zukünftig einen Parkplatz benötigen, weil sie z.B. in der Altstadt beschäftigt sind. Darauf zielt die Überlegung ab, zusätzliche bewirtschaftete Flächen in Zone C zu schaffen.

Herr Meißner ist der Meinung, dass man mit der Alternativbewirtschaftung die dortigen Anwohner beeinträchtigen würde. Herr Bogusch verdeutlicht, dass hier eine Interessenabwägung erfolgen muss.

Auf Nachfrage von Herr R. Kuhn führt Herr Bogusch aus, dass die Preise in den Parkhäusern, die unter anderem durch die LEG bewirtschaftet werden, an die örtliche Bewirtschaftung angepasst werden.

Es besteht die Zielstellung, dass die Leute die Parkhäuser nutzen sollen.

Eine Festsetzung der Preise von privat angebotenen Parkplätzen kann die Stadt nicht vornehmen.

Herr Pieper fragt nach, welche Kosten für die zusätzlichen Automaten entstehen. Dazu informiert Herr Bogusch, dass ein Parkautomat 4 T€ kostet. Derzeit sind jedoch Automaten vorrätig, da einige Automaten abgebaut wurden.

Herr Pieper beantragt, die Vorlage zur Beratung in die Fraktionen zu verweisen.

Herr van Slooten fasst zusammen, dass eine rückläufige Tendenz bei Dauerparkkarten besteht, weiter sollen als Ausgleich 33 Plätze mit in die Bewirtschaftung aufgenommen werden und die Gesetzeslage ist bindend.

Es besteht aus seiner Sicht keine Alternative.

Herr Meißner ist der Meinung, dass über die vorgeschlagene Lösung für die finanziellen Probleme diskutiert werden sollte.

Herr van Slooten stellt den Antrag, über Punkt 1 des Lösungsvorschlages abzustimmen und Punkt 2 zur Beratung in die Fraktionen zu verweisen.

Herr Meier lässt über den Antrag von Herrn Meißner abstimmen:

Abstimmung: 4 Zustimmungen 4 Gegenstimmen 1 Stimmenthaltung

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Herr Meier lässt über den Antrag von Herrn van Slooten abstimmen:

Abstimmung: 5 Zustimmungen 4 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

Der Ausschuss für Finanzen und Vergabe empfiehlt der Bürgerschaft, den Punkt 1 der Vorlage B 0004/2019 gemäß Beschlussempfehlung zu beschließen.

Der Punkt 2 wird zur Beratung in die Fraktionen verweisen und erneut in der nächsten Sitzung beraten.

zu 4 Beratung zu aktuellen Themen

zu 4.1 Weihnachtliche Beleuchtung der Seitenstraßen Einreicher: Ann Christin von Allwörden, CDU/FDP-Fraktion Vorlage: AN 0018/2018

Herr Bogusch informiert, dass in der Heilgeiststraße Planungen vorgenommen wurden, wo Beleuchtung angebracht werden kann. Die Anwohner wurden angeschrieben, um die Bereitschaft des Einverständnisses zu erfragen. Der Rücklauf ist noch nicht abgeschlossen. Von 20 möglichen Standorten gibt es bisher 7 Zusagen von beiden Eigentümern, 8 Zusagen von je einer Eigentümerseite und 5 Standorte, zu denen bisher kein Eigentümer Stellung bezogen hat.

Eine Rücksprache mit der Stadterneuerungsgesellschaft hat ergeben, dass eine Förderung von 50% möglich sein könnte.

Die Verwaltung wird den Ausschuss erneut zum Thema informieren, wenn die Rückmeldungen abgeschlossen sind.

Herr Haack schlägt vor, die Judenstraße mit aufzunehmen und die Priorität dieser kurzen Straße hoch zu setzen.

Dazu erläutert Herr Bogusch, dass die Prioritäten der Straßen durch eine Begehung des Ausschusses für Bau, Umwelt und Stadtentwicklung festgelegt wurden. Es wurde auch festgelegt, dass eine Umsetzung vorerst nur in der Heilgeiststraße erfolgen soll.

zu 4.2 An den Finanzausschuss: Besteuerung der öffentlichen Hand Einreicherin: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Vorlage: AN 0026/2019

Herr Nitsche führt zum Thema aus und erinnert, dass die Hansestadt Stralsund eine Optionserklärung abgegeben hat. Somit muss die Umsetzung bis 31.12.2020 erfolgen.

Bevor die Optionserklärung abgegeben wurde, erfolgte eine Abfrage der Ämter. Dazu liegt ein Rücklauf vor. Nunmehr wurde seine Planstelle geschaffen und er ist jetzt mit der Aufarbeitung des Themas betraut.

Es wurden verschiedene Gespräche mit den Ämtern geführt und es wurde eine Abfrage gestartet. Mit den Ergebnissen konnte eine Erfassungstabelle erstellt werden.

Mit dem Bauamt sind alle Abfragen abgeschlossen, die weiteren Ämter folgen. Alle bestehenden Verträge werden zusammengestellt und bewertet.

Parallel werden Gespräche mit dem Kämmereiamt und dem Softwareanbieter geführt, um die Buchhaltungssoftware anzupassen.

Es handelt sich um ca. 600 einnahmeseitige Sachkonten, in denen pro Sachkonto ca. 3-4 verschiedene Sachverhalte stecken. Diese gilt es alle zu beurteilen.

Es ist mit keiner Fertigstellung bis Ende Mai 2019 zu rechnen.

Herr Pieper erfragt, ob eine Schnittstellen für das Finanzamt zur Verfügung steht. Dazu führt Herr Nitsche aus, dass dem Finanzamt mit der Optionserklärung eine geschätzte Summe bezüglich der Umsatzsteuer mitgeteilt wurde. Die aktuellen Zahlen können erst nach erfolgter Inventur genannt werden. Frau Steinfurt teilt mit, dass in der Vergangenheit bereits Prüfungen vom Finanzamt durchgeführt wurden.

Herr Kinder erfragt, ob eine fristgerechte Umsetzung möglich sein wird. Herr Nitsche teilt dazu mit, dass eine Priorität der Sachverhalte gesetzt werden muss. Zur fristgemäßen Umsetzbarkeit kann er keine bindende Aussage tätigen. Herr Kinder schlägt vor, dass der Ausschuss Hilfe leisten könnte, wenn die Verwaltung die Umsetzung zeitlich nicht leisten kann.

Herr Meier stellt fest, dass die Umsetzung der Inhalte des Antrages seitens der Verwaltung forciert werden. Er schlägt vor, dass die Verwaltung fortlaufend zum Projekt der Umsatzsteuer berichtet.

Die Mitglieder sind mit der Vorgehensweise mehrheitlich einverstanden.

zu 5 Verschiedenes

Frau Steinfurt gibt folgende Informationen:

1. Jahresabschluss 2012

Es besteht die Auflage des Ministeriums für Inneres und Europa zum Doppelhaushalt 2018/2019, bis Ende 2019 die Jahresabschlüsse bis einschließlich 2014 feststellen zu lassen und vierteljährlich Bericht zum Fortgang der Jahresabschlüsse zu erstatten.

Dieser Anordnung ist die Kämmerei am 29.03.2019 nachgekommen.

Als erster Meilenstein ist der Jahresabschluss 2012 termingerecht zum 29.03.2019 aufgestellt worden. Der Anhang und die Anlagen zum Jahresabschluss 2012 wurden dem Rechnungsprüfungsamt zur Prüfung übergeben.

Die termingerechte Aufstellung wurde unterstützt durch die Rechtsaufsichtsbehörde und durch das vom Städte- und Gemeindetag M-V initiierte Mentorenprogramm zur Beförderung der Nachholung von Jahresabschlüssen.

Folgendes zum Jahresabschluss 2012:

Die Ergebnisrechnung wurde vor Rücklagenentnahme mit einem Minus von 16,4 Mio. € abgeschlossen. Ursächlich für dieses Ergebnis sind u.a. Nichterfüllung im Bereich Gewerbesteuern, nicht ausgeschüttete Gewinnanteile von der SWS (dafür wurde in 2013 die doppelte Summe ausgeschüttet) oder zu gering geplante Abschreibungen.

Bereinigt, also mit Rücklagenentnahme, liegt in der Ergebnisrechnung ein Ergebnis von - 10,9 Mio. € zugrunde.

In der Finanzrechnung liegt ein Minus von 12,5 Mio. € vor. Die Voraussage, -11,7 Mio. €, wurde somit um 800 T € verfehlt. Die Verschlechterung hängt u.a. mit Verbuchungen, die mit dem städtebaulichen Sondervermögen in Verbindung stehen, zusammen.

Es ist eine Bilanzerhöhung um 2,2 Mio. € auf 654,2 Mio. € erfolgt. Das Eigenkapital reduzierte sich um 11,5 Mio. €.

Nach den weiteren vorläufigen Finanzrechnungen besteht die Prognose, dass per 31.12.2018 ein kumulatives Defizit in der Finanzrechnung von 5,6 Mio. € ausgewiesen wird.

Die Feststellung des Jahresabschlusses 2018 durch die Bürgerschaft ist für die Sitzung im Juni geplant.

2. Berichterstattungen 2019

Der nächste Jahresabschluss ist bis zum 30.06.2019 aufzustellen. Das ist ein sehr ehrgeiziges Ziel und die Verwaltung wird alles daransetzen, den Verpflichtungen nachzukommen

Das heißt jedoch, dass Abstriche in der Verwaltungstätigkeit gemacht werden müssen, um Kapazitäten zu bündeln.

Um der Pflicht der Berichterstattung über die Haushaltsdurchführung dennoch gerecht zu werden, ist vorgesehen, künftig zu folgenden Terminen diese Berichte dem Ausschuss für Finanzen und Vergabe vorzulegen:

Berichterstattungen zur Haushaltsdurchführung künftig zum 30.04./ 31.08/ 31.12. eines Jahres

3. Vorläufige Finanzrechnung 2018

Frau Steinfurt gibt einen Überblick über das vorläufige Ergebnis der Finanzrechnung für das Haushaltsjahr 2018. Das geplante positive Saldo der ordentlichen und außerordentlichen Ein- und Auszahlungen von ca. 1,3 Mio. € konnte um ca. 9,4 Mio. € auf rund 10,7 Mio. € erhöht werden. Nach dem Herausrechnen der Tilgung bleibt ein Überschuss von 7,1 Mio. €. Auszugsweise nennt Frau Steinfurt folgende Positionen, die zu dem vorliegenden vorläufigen Ergebnis beitragen:

- ca. 1,4 Mio. € Mehreinzahlungen bei den Gewerbesteuern
- Zuweisung aus dem Entschuldungsfonds nach § 22 a FAG ca. 1,8 Mio. €
- Mehreinzahlungen im Bereich privatrechtliche Leistungsentgelte ca. 235 T€ (Pachteinnahmen landwirtschaftliche Flächen, Erbbaupachten, Mieten/Pachten)
- weniger Personalauszahlungen ca. 842 T€
- Minderauszahlungen für Sach- und Dienstleistungen ca. 4,1 Mio. € - insb. Unterhaltung BGA; Straßen, Wege, Plätze...; Infrastrukturvermögen; Unterhaltung und Bewirtschaftung Grundstücke und Gebäude
- Minderauszahlungen Zuschuss an Theater Vorpommern ca. 366 T€
- Minderauszahlungen Zinsen für Investitionskredite ca. 457 T€

Bezüglich der Minderauszahlungen für Sach- und Dienstleistungen wird es teilweise zu Verlagerungen der Aufwendungen und Auszahlungen in das Haushaltsjahr 2019 kommen, da die Minderauszahlungen auf die vorläufige Haushaltsführung zurückzuführen sind, dem Instandhaltungsstau jedoch begegnet werden muss.

Dieses positive Ergebnis reduziert den negativen Vortrag der Finanzrechnungen per 31.12.2018 auf minus 5,6 Mio. €.

Es erfolgt der Ausschluss der Öffentlichkeit.

**zu 9 Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen
aus dem nichtöffentlichen Teil**

Herr Meier stellt die Öffentlichkeit wieder her und gibt bekannt, dass die Vorlage B 0019/2019 der Bürgerschaft und die Vorlage H 0004/2019 dem Hauptausschuss zur Beschlussfassung empfohlen wurden.

gez. Christian Meier
Vorsitzender

gez. Constanze Schütt
Protokollführung